

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 03.06.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:25 Uhr
Raum, Ort: Verw.Geb. Mozartstraße Raum 207, Mozartstraße 2-10, Aachen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Peter Tillmanns	anwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Tobias Grundmann	anwesend
Bastian Reiners	anwesend
Ulrich Gurr	Vertretung für: Karin Schmitt-Promny
Tobias Benedikt Tillmann	anwesend
Nadine van der Meulen	anwesend
Lukas Krott	anwesend
Karl Simons	anwesend
Jonas Török	anwesend
Margret Vallot	anwesend
Hans-Jürgen Bengner	anwesend
Eva Maria Birkenbusch	anwesend
Luisa Hoffmann	anwesend
Denis Thielen	Vertretung für: Horst Kreutz
Heinrich Brötz	anwesend
Patrick Lehnen	Vertretung für: Mara Mendes
Bernd Schwarze	anwesend
Thomas Weinen	anwesend
Dr. Simone Köster	anwesend

Mitarbeiter der Verwaltung

Name	Bemerkung
Janina Backhaus	anwesend
Horst Hütten	anwesend
Monika Krüger	anwesend

Name	Bemerkung
Sarah Kuchenbecker	anwesend
Daniel Pankrath	anwesend

Schriftführung

Name	Bemerkung
Melanie Olbertz	anwesend

Abwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Hilde Scheidt	entschuldigt

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Karin Schmitt-Promny	entschuldigt
Roswitha Frenzel	entschuldigt
Horst Kreutz	entschuldigt
Benno Pauls	entschuldigt
Gisa Haring	entschuldigt
Julia Rejf	entschuldigt
Kriminalhauptkommissar Peter Arz	entschuldigt
Suzanne Brantin	entschuldigt
Carsten Brehm	entschuldigt
Astrid Brokmann	entschuldigt
David Janecek	entschuldigt
Mara Mendes	entschuldigt
Dr. Robert Neugröschel	entschuldigt

Gäste:

Frau Sigrid Ophoff (AG Behindertenhilfe)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2025	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.04.2025	
4	Vorstellung des AWO-Fanprojektes Es wird mündlich berichtet.	
5	Jugend-Streetwork im Fachbereich Jugend und Schule Es wird mündlich berichtet.	
6	Antrag des 1. Aachener Skateboard Club e.V. zur Erstellung einer Leistungsvereinbarung Die Unterlagen wurden nachgereicht.	FB 45 n/0026/WP18
7	Bildungsk Kooperationen der Musikschule – Ergänzung der Schul- und Schulgeldordnung der Musikschule Die Unterlagen wurden nachgereicht.	E 49/0188/WP18
8	"Abstellmöglichkeiten für Lastenräder und Fahrradgespanne an Kitas, Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen vom 16.09.2019" Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.	FB 68/0216/WP18
9	Stiftung Broudlet-Startz – Verwendung von Stiftungsmitteln hier: Förderung der Betreuung von bedürftigen Aachener Kindern am Freitagnachmittag durch TABALINGO Sport & Kultur integrativ e.V.	FB 20/0351/WP18
10	Zugangsvoraussetzungen des Zukunftsfonds	FB 45 n/0025/WP18
11	Sachstandsbericht für den Bereich der Hilfen zur Erziehung/Eingliederungshilfe nach SGB VIII für den Zeitraum 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 und 01.01.2025 bis zum 31.03.2025 Die Unterlagen wurden nachgereicht.	FB 45 n/0027/WP18
12	Sachstandsbericht Jugendhilfe im Strafverfahren Die Unterlagen wurden nachgereicht.	FB 45 n/0028/WP18
13	Antrag der DGB Jugend NRW Süd/West Aachen auf Förderung der Renovierung des Jugendraums in der Dennewartstraße gemäß Position 40 Stadtjugendplan	FB 45 n/0024/WP18
14	Unterstützung und Entlastung für Kindertageseinrichtungen, Antrag der Fraktionen Bündnis 90 Die Grünen und SPD vom 26.02.2025 Die Unterlagen wurden nachgereicht.	FB 54/0006/WP18
15	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Tillmanns, eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er informiert darüber, dass die Verwaltung beantragt habe, den öffentlichen Tagesordnungspunkt 8 „Abstellmöglichkeiten für Lastenräder und Fahrradgespanne an KITAS, Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen vom 16.09.2019“ auf eine der kommenden Sitzungen zu vertagen. Hierüber herrscht Einvernehmen.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2025 ungeändert beschlossen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.04.2025 ungeändert beschlossen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Zu 4 Vorstellung des AWO-Fanprojektes zur Kenntnis genommen

Herr Feis, Leiter des AWO-Fanprojektes, stellt die Einrichtung, ihre Angebote, Aufgaben und Ziele anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) vor.

Herr Tillmann bedankt sich für den Vortrag sowie für die sehr vielfältige und nicht immer einfache Arbeit. In Bezug auf die pädagogische Arbeit rund um die Spieltage sowie in den Räumlichkeiten des Fanprojektes erkundigt er sich danach, ob beide Felder gleichrangig gewichtet würden oder ob es einen Fokus gebe. Weiterhin möchte er wissen, ob sich die turbulenten Entwicklungen der letzten Jahre bei Alemannia Aachen auch in der Fanszene und der Zielgruppe des Fanprojektes bemerkbar machen würden.

Herr Feis bestätigt, dass die Entwicklungen rund um den Fußballverein sowohl das Fanprojekt als auch die Fanszene sehr beschäftigen würden. Das Fanprojekt habe dem Verein auch dessen Unmut mitgeteilt, bedauerlicherweise sei dieser aber nicht gehört worden. Der weitere Werdegang werde nun mit Spannung erwartet. Nun stünde bald die Wahl eines neuen Aufsichtsrates der Alemannia an. Das Fanprojekt vermisse eine klare, nachhaltige Haltung des Fußballvereins. Zur ersten Frage von Herrn Tillmann erläutert Herr Feis, dass das Fanprojekt vielfach eine offene und aufsuchende Jugendarbeit leiste. Eine Fangruppe nehme die Angebote in Anspruch, allerdings in ihren eigenen Räumlichkeiten. Zwar seien die Räume des Fanprojektes mit ihrer Lage direkt am Stadion ideal für die Arbeit an den Spieltagen. Für alle weiteren Angebote seien sie jedoch weniger attraktiv als Räume in der Innenstadt. In der nun auslaufenden Saison in der 3. Liga hätten die Spieltage vermehrt im Fokus gestanden. Parallel dazu versuche das Fanprojekt, mit seinen Angeboten einzelne Highlights zu setzen, wie beispielsweise die Besuche in Bildungsorten oder Ausflüge in andere Städte.

Herr Gurr bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen und erkundigt sich danach, wie viele junge Menschen durch die Arbeit erreicht werden könnten.

Herr Feis fasst zusammen, dass die Heimspiele in der aktuellen Saison von durchschnittlich 26.000 Fans besucht worden wären, zu Auswärtsspielen seien durchschnittlich 1.700 Fans mitgereist. Allein die Fangruppierung „Karlsbande“ zähle rund 350 Mitglieder. Natürlich würden nicht all diese Personen erreicht. Es bestünden vielfach intensivere Kontakte zu Einzelpersonen. Er betont die Wichtigkeit von sogenannten Multiplikator*innen, die ihrerseits ebenfalls Kontakte zu weiteren Personen pflegen würden. Den Gruppenraum des Fanprojektes hätten auch schon mal rund 100 Personen während eines Spieltages aufgesucht.

Herr Simons schließt sich dem Dank an. Er lobt das Fanprojekt und die wichtige Beziehungsarbeit, die geleistet werde. Auch er bekräftigt die Wichtigkeit von Multiplikator*innen, die dazu beitragen würden, Informationen und Unterstützung in die Breite zu tragen.

Frau Vallot dankt Herrn Feis ebenfalls. In der Vergangenheit habe es von Seiten der Alemannia Äußerungen gegeben, dass die Politik spalten und der Sport verbinden würde. Dies habe ihre Fraktion erschrocken, insbesondere, da auch viele Minderjährige die Spiele besuchen und sich mit dem Verein stark identifizieren würden. Jugendliche unter 12 Jahren könnten Tickets bereits für einen Euro erwerben. Bei durchschnittlich 2.150 verkauften Ein-Euro-Tickets, zuzüglich der über 12-Jährigen würden rund 4.000 Jugendliche die Heimspiele besuchen. Daher erkundigt sie sich, ob das Fanprojekt auch gezielt Angebote für unter 15-Jährige konzipiere.

Herr Feis erläutert, dass die primäre Zielgruppe junge Menschen im Alter von 15 bis 27 Jahren sei. Allerdings umfasse die Aufgabenbeschreibung des Fanprojektes auch Jugendliche ab 12 Jahren. Allerdings fehle es dem Fanprojekt an den notwendigen Kapazitäten, um auch Angebote für unter 12-Jährige durchzuführen. Das Ein-Euro-Ticket befürworte er ebenfalls. Insbesondere seit Corona würden sich junge Menschen an den Fangruppen orientieren. Auch wenn er sich freue, wenn die Arbeit des Fanprojektes gesehen und gelobt würde, so sei es der Fußballverein, der letztlich die Strahlkraft besitze.

Frau van der Meulen erkundigt sich nach den geplanten Projekten für das kommende Jahr, vor allem interessiere sie, ob es Überlegungen gebe, mit Blick auf den kleinen Gruppenraum bei einem gleichzeitig steigenden Bedarf neue Räumlichkeiten für das Fanprojekt zu suchen.

Herr Feis berichtet, dass das Fanprojekt anfangs intensiv nach alternativen Räumen gesucht habe. Da der aktuelle Standort gut geeignet sei für die Arbeit an den Spieltagen, werde derzeit nicht weitergesucht. Das Fanprojekt verstehe sich nicht als klassisches Jugendzentrum, sondern betreibe aufsuchende Arbeit und das Angebot verschiedener Jugendfahrten und -ausflüge. Diese seien jedoch abhängig von der Terminierung der Spieltage. Mit Blick auf das diesjährige, 125-jährige Bestehen von Alemannia Aachen würden sicherlich noch Angebote geplant.

Herr Tillmanns bedankt sich bei Herrn Feis für die Ausführungen. Er betont die Wichtigkeit der Arbeit. Der Kinder- und Jugendausschuss sei dem gegenüber auch aufgeschlossen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 5 Jugend-Streetwork im Fachbereich Jugend und Schule zur Kenntnis genommen

Frau Mura-Grewe, Herr Fellbaum und Herr Öztürk Cuhadar (alle im Fachbereich Jugend und Schule – FB 45) stellen die Jugend-Streetwork anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) vor.

Herr Tillmanns dankt den drei Vortragenden für ihre Ausführungen und bemerkt, dass es sich um ein vielfältiges Themenfeld mit einer hohen Anzahl an Schnittstellen handele. Auch wenn es nicht immer präsent sei, würden die Jugend-Streetworker*innen in ihrer Arbeit sehen, wie es den Menschen in der Stadt gehe. Es sei teilweise erschreckend, was sich hinter den Kulissen unbemerkt abspiele.

Frau van der Meulen schließt sich dem Dank an. Bezugnehmend auf die angesprochene, verdeckte Wohnungslosigkeit bei jungen Menschen erkundigt sie sich nach möglichen Erfahrungswerten, wie alt diese jungen Menschen seien. Ergänzend dazu bittet sie um eine Einschätzung, wie viele zum einen durch das Angebot erreicht werden könnten und zum anderen wie hoch der Anteil der Jugendlichen sei, die zwar erreicht würden aber bei denen der Bedarf zu hoch sei. Im vergangenen Jahr habe Herr Prof. Dr. Siniatchkin (Leiter der Kinder- und Jugendpsychiatrie) in der Sitzung vom 14.05.2024 gesagt, dass die Beeinträchtigungsbilder bei jungen Menschen komplexer und vielfältiger geworden seien. In manchen Fällen sei eine stationäre Unterbringung nicht möglich, die betroffenen Menschen würden dann beispielsweise durch die Jugendhilfe bzw. das Streetwork aufgefangen. Sie fragt, ob es im Laufe der Zeit neue Anliegen der Zielgruppe geben würde, die es in der Form früher nicht gegeben habe.

Herr Fellbaum stellt fest, dass keine verlässliche Anzahl an jungen Menschen genannt werden könne, die von der Jugend-Streetwork erreicht würden. Eine Beratung und Begleitung sei nur dann möglich, wenn sich die jungen Menschen an die Mitarbeitenden wenden würden bzw. wenn eine Meldung von Dritten erfolge. Glücklicherweise sei der Anteil an minderjährigen, wohnungslosen Jugendlichen die Ausnahme. Es bestehe eine gute und enge Kooperation mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst.

Herr Öztürk Cuhadar ergänzt, dass derzeit zwischen 60 und 80 junge Menschen an die Streetwork angebunden seien. Es gebe keine feste Gruppe. Die Anzahl sei laufenden Schwankungen unterlegen, oftmals würden die Jugendlichen auch spontan die Anlaufstelle aufsuchen.

Herr Fellbaum erläutert, dass sich im Gegensatz zu früheren Jahren die Gruppengrößen verändert hätten. Wohingegen es in der Vergangenheit in der Regel größere Gruppen gegeben habe, würden sich die jungen Menschen heute vielmehr in kleineren Cliquen treffen. Auch der Umgang habe sich verändert, der Austausch erfolge nun über die sozialen Medien.

Herr Tillmanns bedankt sich für die gute Arbeit.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 6 Antrag des 1. Aachener Skateboard Club e.V. zur Erstellung einer Leistungsvereinbarung ungeändert beschlossen FB 45 n/0026/WP18

Herr Kleinschmidt berichtet über die aktuellen Entwicklungen rund um den 1. Aachener Skateboard Club e.V.

anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Herr Simons bedankt sich für die Ausführungen. Seiner Ansicht nach handele es sich hierbei um ein gutes Beispiel für partizipative Jugendarbeit und um ein einzigartiges Angebot in Aachen. Aus seinem eigenen Arbeitsumfeld habe er bereits vernommen, dass der Skateboard Club eine sehr gute Anlaufstelle für junge Menschen sei.

Frau van der Meulen schließt sich dem Dank an. Sie begrüße die FLINTA*-Abteilung ausdrücklich, ein derartiges Angebot sei noch nicht weit verbreitet. Die Entwicklungen rund um den Verein und die Skater-Anlage würden eindrucksvoll zeigen, was in den vergangenen zehn Jahren geleistet worden sei. Sie regt eine weitere Vorstellung des Vereins auch im Sportausschuss an.

Herr Gurr lobt das Projekt ebenfalls als sehr interessant und vorbildlich.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt anhand der Leistungsbeschreibung eine Leistungsvereinbarung mit dem 1. Aachener Skateboard Verein e.V. abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Anlage 1 250603_KJA_Skateboardclub_PPPneu

**Zu 7 Bildungsk Kooperationen der Musikschule – Ergänzung der Schul- und Schulgeldordnung der Musikschule
 ungeändert beschlossen
 E 49/0188/WP18**

Herr Tillmanns begrüßt Herrn Gassenmeier (Leiter der städtischen Musikschule – E49) für Rückfragen.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die Änderungsfassung der Schul- und Schulgeldordnung der Musikschule sowie den neu gefassten Anhang „Zusammenarbeit mit Bildungspartnern und Tarifierung von Bildungsk Kooperationen“ in der vorliegenden Fassung zur Beschlussfassung. Die Ausführungen sowie die beigefügten Fassungen der Kooperationsvereinbarungen für die Zusammenarbeit mit Schulen und Kitas werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**Zu 8 "Abstellmöglichkeiten für Lastenräder und Fahrradgespanne an Kitas, Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen vom 16.09.2019"
 vertagt
 FB 68/0216/WP18**

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Zu 9 Stiftung Broudlet-Startz – Verwendung von Stiftungsmitteln
hier: Förderung der Betreuung von bedürftigen Aachener Kindern am Freitagnachmittag durch TABA-
LINGO Sport & Kultur integrativ e.V.
ungeändert beschlossen
FB 20/0351/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss beschließt den Zuschuss in Höhe von 16.400,00 € an TABALINGO Sport & Kultur integrativ e.V. zur Förderung der Betreuung von bedürftigen Aachener Kindern am Freitagnachmittag.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Zu 10 Zugangsvoraussetzungen des Zukunftsfonds
ungeändert beschlossen
FB 45 n/0025/WP18

Herr Tillmann erläutert, dass die SPD-Fraktion dem vorgeschlagenen Beschluss gerne folgen werde. Der Kinder- und Jugendausschuss habe sich in der Vergangenheit bereits mehrfach mit dem Zukunftsfonds und dessen Zugangskriterien befasst. So hätten die Fraktionen Die Grünen und SPD in 2023 mittels eines Ratsantrages um Prüfung gebeten, ob der Zukunftsfonds u.a. im Bedarfsfall auf die Kostenübernahme für Mittagessen ausgeweitet werden könne. Die Verwaltung habe nachvollziehbar dargelegt, dass aufgrund anderer Förderungen aktuell kein Bedarf bestehe, den Zukunftsfonds zur Finanzierung der Mittagsverpflegung zu nutzen. Daher könne der Beschlussvorschlag mitgetragen werden. Gleichzeitig handle es sich bei dem Zukunftsfonds nach wie vor um ein wichtiges Instrument, um im Bedarfsfall sehr spontan und unkompliziert reagieren zu können. Es sei daher wichtig, den Zukunftsfonds als flexibles Förderinstrument weiter bekannt zu machen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen des FB 45 zur Kenntnis und beschließt, die überarbeiteten Zugangsvoraussetzungen zur Inanspruchnahme des Zukunftsfonds anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Zu 11 Sachstandsbericht für den Bereich der Hilfen zur Erziehung/Eingliederungshilfe nach SGB VIII
für den Zeitraum 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 und 01.01.2025 bis zum 31.03.2025
zur Kenntnis genommen
FB 45 n/0027/WP18

Herr Grundmann führt kurz in die Vorlage ein. Er berichtet, dass noch im vergangenen September Mehrausgaben in Höhe von ca. 1,4 Mio. Euro kalkuliert worden seien. Das Gesamtvolumen betrage nun 76 Mio. Euro, dies bedeute, dass es Mehrausgaben von Höhe von 1,6 Mio. Euro gegeben habe. Im Vergleich zur Kalkulation handle es sich somit nahezu um eine Punktlandung. Die eingebrachte Vorlage sei inhaltlich eher allgemein gehalten, da im Hintergrund eine Vielzahl an Prozessen laufen würde. Insbesondere im ambulanten Bereich habe es eine Kostensteigerung gegeben. Ein Grund hierfür seien beispielsweise minderjährige Menschen, die sich an öffentlichen Plätzen aufhalten würden, an denen Drogen konsumiert würden. Die Verwaltung konzipiere derzeit neue Konzepte um den multiplen Problemlagen zu begegnen, sie befinde sich in engem Austausch mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Einrichtungen der stationären Jugendhilfe. Gleichzeitig werde der Landschaftsverband Rheinland nicht aus der Verantwortung entlassen. Er betont, dass ihn die aktuelle Lage beunruhige. Es sei mitunter sehr schwierig, junge Menschen zu versorgen. Die Verwaltung sei immer mehr gefordert, auf Notlösungen zurückzugreifen, beispielsweise die Unterbringung in Hotels oder mittels Fachleistungsstunden. Diesen Herausforderungen stünden auch andere Kommunen gegenüber. Aachen sei gut aufgestellt, bislang hätten alle versorgt

werden können. Zwar liege der grundsätzliche Anspruch hinsichtlich der Qualität der Versorgung höher. Die Umsetzung sei allerdings in manchen Fällen schwierig, da entweder kein passendes Angebot bestehe, oder Betroffene würden Hilfeleistungen verweigern und seien nirgendwo zu halten.

Frau van der Meulen bedankt sich für die Ergänzungen. Sie bekräftigt, dass der LVR in die Verantwortung einsteigen müsse, die jungen Menschen zu unterstützen. Sie blickt ebenfalls mit Sorge auf die weitere Entwicklung der Situation, insbesondere auf diejenigen, die eine Unterstützung nicht annehmen wollen würden. Diese jungen Menschen seien oftmals auch aggressiv.

Herr Tillmanns berichtet, dass die CDU-Fraktion vor rund zehn Jahren die bereits damals hohen Kosten des Bereiches der Hilfen zur Erziehung festgestellt habe und bestrebt gewesen sei, hierfür Lösungen zu finden. Es habe eine Veranstaltung mit anderen Kommunen gegeben. Letztlich habe dies jedoch nicht aufgelöst werden können. Gleichzeitig handele es sich hierbei um eine Pflichtaufgabe, für die finanzielle Mittel – unabhängig von der Haushaltslage oder der politischen Mehrheiten – vorhanden sein müssten. Die Problemlagen junger Menschen würden jedoch immer vielfältiger, was unweigerlich dazu führe, dass auch die Arbeit immer komplexer werde. Davor habe er großen Respekt. Politik und Verwaltung müssten gut zusammenarbeiten. Investitionen in präventive Maßnahmen halte er für sehr sinnvoll, auch wenn der Erfolg dieser Maßnahmen nicht messbar sei.

Herr Gurr erkundigt sich danach, ob die Verwaltung auch Angebote im Bereich soziale Medien durchführe.

Herr Grundmann berichtet, dass sowohl die Fall- als auch die Leistungszahlen in Aachen nicht ansteigen würden. Auch die Anzahl an unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten sinke ab. Gleichzeitig würden die Leistungen selbst aber an Intensität zunehmen. Er kündigt an, dass die Verwaltung beabsichtige, in die nächste Sitzung am 01.07.2025 eine Vorlage zum Thema Jugendmedienschutz in den Ausschuss einzubringen. Die Vorlage werde das Konzept und die Angebote in dem Bereich vorstellen.

Frau Hoffmann unterstützt, dass Prävention eine wichtige Ergänzung sei. Sowohl der Kinderschutzbund als auch andere Träger könnten bestätigen, dass auch oft wertvolle Beziehungsarbeit geleistet werde. Bedauerlicherweise würden die personellen Ressourcen fehlen, um dies in größerem Ausmaß leisten zu können. Es müsse daher die Frage gestellt werden, wie die präventive Arbeit in Zukunft gestärkt werden könne.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 12 Sachstandsbericht Jugendhilfe im Strafverfahren zur Kenntnis genommen FB 45 n/0028/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 13 Antrag der DGB Jugend NRW Süd/West Aachen auf Förderung der Renovierung des Jugend- raums in der Dennewartstraße gemäß Position 40 Stadtjugendplan ungeändert beschlossen FB 45 n/0024/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, dem Antrag der DGB Jugend NRW Süd/West Aachen auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 6.464,11 Euro zur Renovierung des Jugendraums in der Dennewartstraße stattzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**Zu 14 Unterstützung und Entlastung für Kindertageseinrichtungen, Antrag der Fraktionen Bündnis
90 Die Grünen und SPD vom 26.02.2025
ungeändert beschlossen
FB 54/0006/WP18**

Frau van der Meulen erkundigt sich danach, ob es eine erste und zweite Reihenfolge bei der Mittelverteilung gebe, d.h. ob zunächst kleine und im Anschluss größere Einrichtungen profitieren würden. Weiterhin regt sie an, die Mittel im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen für 2026ff. aufzustocken und zu verstetigen.

Frau Hoffmann nimmt in Vertretung für die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII Stellung zu der Vorlage. Die AG bewerte die Vorlage äußerst kritisch. Sie selbst werde dem Beschlussvorschlag daher auch nicht zustimmen. Sie benennt die folgenden Anmerkungen der AG:

1. Die Vorlage begünstige vorrangig größere KiTas bzw. deren Träger. Diese hätten aufgrund ihrer Größe in der Regel bessere Möglichkeiten, um auf beispielsweise personelle Engpässe reagieren zu können und (Verwaltungs-) Vorgänge im Alltag zu bewältigen. In kleineren Einrichtungen, insbesondere in Elterninitiativen, seien Personen oftmals ehrenamtlich tätig. Für sie sei die Organisation ein hoher Verwaltungsaufwand, prozentual gesehen bestünden dort die größeren Herausforderungen. Die Herleitung, warum die größeren KiTas begünstigt würden, sei nicht schlüssig dargelegt.
2. Ebenfalls kritisch werde die Förderung des Trägers Villa Luna gesehen. Dieser Träger arbeite gewinnorientiert.
3. Die Einrichtungen des Trägers Caritas Lebenswelten fänden sich demgegenüber nicht in der Auflistung der fünfgruppigen KiTas.
4. Darüber hinaus würden heilpädagogische Gruppen nicht berücksichtigt.

Herr Simons erläutert, dass er die vorgenommene Priorisierung durchaus nachvollziehen könne. Gleichzeitig stimme er den Bedenken von Frau Hoffmann zu. Es gebe auch größere Träger, deren Einrichtungen aber weniger als fünf Gruppen anbieten würden. Daher erkundigt er sich danach, ob noch alternative Berechnungsmodelle von der Verwaltung entwickelt worden seien, beispielsweise unter Einbezug der Gesamtheit aller Gruppen, die ein Träger verwalte.

Herr Tillmann führt aus, dass die Fraktionen Die Grünen und SPD diesen Antrag gestellt hätten, da im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen für 2025ff. die Situation aufgetreten sei, dass die vorgesehen Mittel zur Umsetzung des QiK-Modells nicht mehr in der angedachten Form hätten verwendet werden können. Die Fraktionen hätten die Mittel aber nicht einsparen, sondern sie nach wie vor der Entlastung und Unterstützung der KiTas nutzen wollen. Daher seien die 100.000 Euro in der mittelfristigen Finanzplanung zusätzlich eingestellt worden als freiwillige Leistung. Zum einen sollte der Betrag zur Fortführung des Verwaltungskräfteprogramms und zum anderen zur Förderung des Quereinstiegs genutzt werden. Trotz des Scheiterns von QiK würde die Notwendigkeit des Quereinstiegs nach wie vor gesehen. Mit 100.000 Euro sei es natürlich herausfordernd, diese Ziele zusammenzuführen. Er sei dankbar für den Vorschlag der Verwaltung, der beide Ziele berücksichtige. Auch wenn er die vorgetragene Kritik nachvollziehen könne, seien die Mittel begrenzt und diese müssten nach nachvollziehbaren Kriterien verteilt werden. Es könnten natürlich alternative Kriterien entwickelt werden, allerdings würden diese ebenfalls zu Konsequenzen und Unwuchten auf anderer Seite führen. Es gebe hier keine ideale Lösung für alle Beteiligten. Es sei angedacht, die Mittel in den nächsten Jahren weiter aufwachsen zu lassen. Für den Moment regt er allerdings an, die Mittel jetzt zu verausgaben.

Herr Tillmanns merkt an, dass die eingestellten Mittel rückblickend betrachtet zu gering gewesen und nun die Folgen spürbaren seien. Er stimmt Herrn Tillmann zu, dass es keine perfekte Lösung gebe. Er befürchte, dass –

auch wenn der Betrag im nächsten Jahr aufgestockt werden würde – der Verteilungsschlüssel nicht mehr angepasst würde. Es müsse daher nun gut überlegt werden, ob größere oder kleinere Einrichtungen unterstützt werden sollen. Eine weitere Option wäre, die Verwaltung mit der Entwicklung eines alternativen Modells zu beauftragen, allerdings hätte dies zur Folge, dass die Mittel später verausgabt werden könnten.

Herr Lehen berichtet, dass sich auch der Jugendamtselternbeirat intensiv mit der Vorlage befasst habe. Im Grunde seien rund 400.000 Euro nötig sowie eine Aufstockung der personellen Ressourcen um eine halbe Stunde pro Woche pro Gruppe. Die nun zur Verfügung stehenden 100.000 Euro seien ein guter Anfang. Dennoch gibt er zu bedenken, ob die Verteilung zum jetzigen Zeitpunkt nicht noch zu früh sei und diese möglicherweise effizienter und fokussierter gestaltet werden könne.

Frau Hoffmann erläutert, dass sich die AG § 78 eine aktive Beteiligung in der Entwicklung des Verteilungsschlüssels gewünscht hätte.

Herr Brötz bestätigt, dass die Entwicklung des Verteilungsschlüssels eine Quadratur des Kreises gewesen sei. Er betont, dass er dankbar sei, dass es der Politik gelungen sei, die Mittel überhaupt im Haushalt zu sichern. Die Mittel würden es ermöglichen, Dinge auszuprobieren. Es habe auch alternative Berechnungsmodelle gegeben, aber teilweise seien dann die Anteile für die einzelnen Träger derart gering gewesen, dass keine Handlungsfähigkeit geschaffen worden wäre. Mit der Begünstigung großer Träger würden diese einen nennenswerten Betrag erhalten, mit dem beispielsweise eine Verwaltungskraft auch finanziert werden könne. In größeren Einrichtungen gebe es eine höhere Anzahl an Kindern sowie Eltern, es würden mehr Dokumentationen und Gespräche anfallen. Die vorgestellte Lösung sei zwar nicht optimal, aber es seien Entscheidungen notwendig gewesen. Sicherlich fänden sich genauso gute Argumente für die kleinen Träger. Er merkt an, dass die AG § 78 eingeladen gewesen sei, eigene Vorschläge einzubringen, dies sei jedoch nicht erfolgt. Er mache dies der AG nicht zum Vorwurf. Es handele sich schlichtweg um eine schwierige Gemengelage. Sofern die Mittel künftig aufgestockt würden, könne der Verteilschlüssel ebenfalls angepasst werden. Hinsichtlich der Aufnahme des Trägers Villa Luna erläutert er, dass sich die Verwaltung an den Beschlüssen des Kinder- und Jugendausschusses orientiert habe. Der Träger sei in der Vergangenheit mehrfach geprüft worden, es habe auch ein interfraktionelles Gespräch in der KiTa Weißhausstraße gegeben. Der Träger sei in zwei Säulen strukturiert: zum einen als gewinnorientierte GmbH, zum anderen aber als gemeinnützige gGmbH. Die Verwaltung kooperiere mit der gGmbH. Zuletzt sei die gGmbH beleuchtet und dem KJA vorgestellt worden, als die Trägerschaft für den Neubau An der alten Tuchfabrik in Aachen-Brand vergeben worden sei. Villa Luna sei die Trägerschaft schlussendlich auch übertragen worden. Hinsichtlich der Einrichtungen der Caritas Lebenswelten sowie der heilpädagogischen Gruppen erläutert er, dass ausschließlich die Anzahl der kibiz-geförderten Gruppen berücksichtigt worden seien. Auch dieses Kriterium könne bei Aufstockung der Mittel erneut diskutiert werden.

Herr Gurr erläutert, dass er die Argumentation von Herrn Brötz nachvollziehen könne. Er werde dem Beschlussvorschlag zwar zustimmen, allerdings nur unter Vorbehalt, zu gegebener Zeit erneut über den Verteilungsschlüssel zu entscheiden.

Auf Nachfrage von Herrn Gurr erläutert Frau Backhaus, dass die Mittel im Jahr 2025 hälftig aufgeteilt würden, da das früheste realistische Beginn-Datum der 01.07. sei. Wenn für das verbleibende Jahr 2025 50.000 Euro benötigt würde, dann würden folglich 100.000 Euro in 2026 anfallen. Sofern mit den Mitteln Personal eingestellt würde, dann könne die Perspektive gegeben werden, dieses gleichbleibend auch im Jahr 2026 einzusetzen. Die Verwaltung beabsichtige, das Thema Quereinstieg nochmals grundlegend betrachten zu wollen. Es sei geplant, zusammen mit den freien Trägern zu prüfen, welche weiteren Möglichkeiten für den Quereinstieg bestehen.

Herr Tillmann stimmt Herrn Lehen zu, dass zur Umsetzung aller Maßnahmen 400.000 Euro benötigt würden. Diese stünden aktuell aber nicht zur Verfügung. Daher sei er bestrebt, konstruktiv die verfügbaren Mittel zu verteilen. Er sehe derzeit keine Alternative, die Mittel sinnvoller zu verteilen ohne eine erneute Unwucht zu erzeugen. Er plädiere daher, nun einen Beschluss zu fassen und den Einstieg in eine Verstetigung zu schaffen.

Herr Tillmann fasst zusammen, dass es letztendlich eine Sachfrage sei. Es könne nur für kleine oder für große Träger entschieden werden. Die Verwaltung schlage vor, die großen Träger zu begünstigen. Auch wenn es ebenso gute Argumente für die kleinen Träger gebe, sei eine Entscheidung notwendig. Er selbst sehe sich nicht in der Lage, einen alternativen Vorschlag zu formulieren. Es müsse allen klar sein, dass die sachliche Begründ-

barkeit der Entscheidung endlich sei.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die Verwendung der Mittel i.H.v. 100.000 € entsprechend der unten genannten Berechnungsmodelle.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen, 5 Zustimmungen, 2 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen

Zu 15 Mitteilungen der Verwaltung

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung.

Peter Tillmanns
stv. Ausschussvorsitzende/r

Melanie Olbertz
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin